

## Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Willy Brandt und Georges Pompidou (21. Juni 1973)

**Legende:** Anlässlich der Konsultationen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland (BRD) am 12. Juni 1973 betont Bundeskanzler Willy Brandt gegenüber dem französischen Staatspräsidenten Georges Pompidou die Bedeutung der Europapolitik und insbesondere der Ostpolitik für die Zukunft seines Landes.

**Quelle:** PA AA, [s.l.]. B 150 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. [Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 38].

**Urheberrecht:** (c) Copyright-Hinweis:

Die Originale der Dokumente, deren Abschriften bzw. Faksimiles hier veröffentlicht sind, befinden sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts, und nur der Text dieser Originaldokumente kann maßgeblich sein. Jegliche Nach- und/oder Abdrucke bzw. Vervielfältigungen oder sonstige Verwertungen der in dieser Internet-Seite enthaltenen Archivmaterialien des Auswärtigen Amts bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts, D-11013 Berlin, Mail: 117-r@diplo.de.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/aufzeichnung\\_des\\_gesprachs\\_zwischen\\_willy\\_brandt\\_und\\_georges\\_pompidou\\_21\\_juni\\_1973-de-f7083a15-dfe8-4b41-9889-858bb6c52c2a.html](http://www.cvce.eu/obj/aufzeichnung_des_gesprachs_zwischen_willy_brandt_und_georges_pompidou_21_juni_1973-de-f7083a15-dfe8-4b41-9889-858bb6c52c2a.html)

**Publication date:** 03/07/2013

## Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Willy Brandt und Georges Pompidou (21. Juni 1973)

[...]

Er wolle in dieser Gesamtsicht eine Frage an den Bundeskanzler richten, von der er hoffe, daß sie nicht indiskret sei. Diese Frage aber bedinge für das Nachbarland Frankreich vieles. Die Frage laute: „Wie sehen Sie, Herr Bundeskanzler, im Lichte dessen, was vor sich geht, die deutsche Zukunft?“ Er frage nicht, wie sich der Bundeskanzler die deutsche Zukunft wünsche, wenn sich die DDR von ihrem kommunistischen Regime lösen könne und es dann zu einer Wiedervereinigung käme, würde Frankreich dem applaudieren. Dies sei aber wenig wahrscheinlich. Wenn der Bundeskanzler sich das Verhalten der Vereinigten Staaten von Amerika, dasjenige der Sowjetunion vor Augen halte, wenn er die Dinge im Lichte der deutschen Ostpolitik und der Beziehungen der Bundesrepublik zu den Ländern des Ostens sehe, wie stelle er sich dann diese Zukunft vor? Dies sei für ihn die wichtigste, die fundamentalste Frage. Mit dieser Frage verbinde er nicht den Wunsch nach Voraussagen, er bitte vielmehr um die Ausdeutung einer Politik, die zwangsläufig komplexer sein müsse als die französische Politik.

Der Herr Bundeskanzler erwiderte, Teil der Überzeugungen seiner Politik — diese Überzeugungen würden nicht nur von der Koalition geteilt, sondern seien auch bei den Kritikern der eigenen Politik vorhanden — sei, daß, wenn es überhaupt eine Lösung der deutschen Fragen (er betone dabei den Plural) geben könne, es sich nicht um eine isolierte Lösung handeln könne. An eine Lösung, wie man sie sich in den fünfziger Jahren noch vorgestellt habe, die auf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit hinausliefe, sei im Augenblick nicht zu denken. Die Erfahrung lehre, daß Deutschland aufgrund seines Menschen- und seines Industriepotentials eben nicht Österreich sei, ob das uns Deutschen nun passe oder nicht. Eine Verbesserung der Lage könne man sich nur dann und in dem Maße erhoffen, in dem sich die Beziehungen zwischen den Teilen Europas entkrampften. Er wisse nicht, ob es zu Beginn der fünfziger Jahre einmal eine ernsthafte Chance gegeben habe, zur deutschen Einheit im Rahmen eines verkleinerten Staatsgebietes zu kommen.

In einem Gespräch, das er 1958 mit dem damaligen amerikanischen Außenminister Foster Dulles — den man gewiß nicht übertriebener Freundschaft zum Kommunismus habe bezichtigen können — geführt habe, habe ihm Dulles gesagt, daß die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion sich wohl in hundert Dingen uneins seien, in der hundertundeinsten Frage jedoch seien sie sich einig: Niemand würde den Deutschen die Chance geben, als einheitliche Nation bewaffnet zwischen den Allianzen sich bewegen zu können.

Man habe sich dann folgendes gesagt: Wir müssen zwei Dinge höher stellen als den Begriff der Nation (und des Staates), auch wenn uns dies schwerfällt und in der Hoffnung, daß nachfolgende Generationen uns nicht desavouieren werden. Es gehe dabei um die Sicherung des Friedens in Europa. Daher habe man, gestützt auf die Einsichten und bisweilen die Ratschläge Frankreichs, darauf gehalten, das Verhältnis zu den Staaten in Osteuropa zu normalisieren. Es gehe zweitens darum, daß jeder, der der Nation als Kulturbegriff helfen wolle, den Menschen helfen müsse. In diese beiden Aspekte spiele eine dritte, nämlich die europäische Dimension hinein. Ein Großteil auch derjenigen, die für staatliche Einheit seien (wozu uns die Verfassung auch verpflichte) und die des weiteren die Meinung vertreten, daß die Deutschen das Recht haben, wie andere auch, in einem Staat zu leben, teilten die Auffassung, die seine Regierung billige, wobei diese Auffassung nicht nur bei der Koalition, sondern weitgehend auch in der CDU vertreten werde, ja sogar von Franz Josef Strauß, der ihn (den Bundeskanzler) auf die ihm eigene Weise scharf kritisiere, daß Deutschland Europa nämlich aus drei Gründen brauche: als Faktor der Organisation des Friedens, als größere Chance dafür, daß die Menschen durch Kommunikation Erleichterung erhalten, und daß Europa schließlich für jemanden, der auf dem Boden der deutschen Geschichte stehen müsse, eine Art Ersatz-Vaterland sein könne. Letzteres sage er natürlich nicht nach außen.

Was die Normalisierung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten anbelange, habe man gestern das schwierige Kapitel mit der Tschechoslowakei zu Ende gebracht. Man gehe dann an die Frage der Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Ungarn und Bulgarien heran. Der Form nach sei man dann mit diesem Prozeß fertig, inhaltlich aber gebe es noch große Schwierigkeiten, hier vor allem mit Polen. Dennoch

gehe es voran. Heute nacht trete der Grundlagenvertrag mit der DDR in Kraft. Auch dieser Vertrag gebe noch zu erheblichen Diskussionen Anlaß, werde aber von einer breiteren Mehrheit bejaht, als der Mehrheit, welche die Regierung trägt.

[...]

Zusammenfassend wolle er sagen, daß niemand wisse, wie es weitergehe. Der Präsident könne sich auf eine politische Führung in der Bundesrepublik einstellen, die sich aus ihrer europäischen Orientierung auch dann nicht lösen werde, wenn man ihr, was nicht auszuschließen sei, gewisse Versuchungen nahebringe. Niemand wisse, ob es eines Tages, vielleicht im Rahmen eines größeren Europas, in dem sich die ganze Frage anders stelle, ein einiges Deutschland wieder geben werde. Man könne der Phantasie der Geschichte nicht vorgreifen. Selbst wenn er dies für unmöglich hielte, dürfe er aus Gründen der Verfassung dies nicht sagen. Der Präsident brauche aber nicht mit einer Schaukelpolitik seitens der Bundesrepublik zu rechnen, auch wenn Versuchungen der genannten Art an uns herangebracht würden.

[...]